

Bundeskanzler Helmut Kohl

Zukunftssicherung des Standortes Deutschland

Wir leben in einer Zeit historischer Umbrüche. Sie zwingen uns dazu, altes Denken zu überprüfen und neue Prioritäten in vielen Bereichen von Gesellschaft und Wirtschaft zu setzen. Innerhalb weniger Jahre hat sich die Welt stärker verändert als früher in Jahrzehnten.

Mit den politischen Umbrüchen vollziehen sich auch in der internationalen Arbeitsteilung tiefgreifende Veränderungen. Diese verlangen von uns eine Standortbestimmung, die weit über ökonomische Fragen hinausgeht. Nur wenn wir die Zukunftssicherung des Standortes Deutschland zu einem Thema unserer gesamten Gesellschaft machen, kann es gelingen, die richtigen Zukunftsentscheidungen zu treffen und durchzusetzen.

Vollendung der Einheit Deutschlands

Unsere vorrangige Aufgabe ist die Vollendung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit Deutschlands. Die Menschen in

Ostdeutschland machen heute einen schwierigen und tiefgreifenden Strukturwandel in atemberaubendem Tempo durch. In Westdeutschland lösen bereits viel weniger einschneidende Veränderungen heftige Abwehrreaktionen aus. Hieran wird deutlich, welch enorme Leistungen

Rede des Bundeskanzlers anlässlich des Zukunftsforums der Bundesregierung am 8. Februar

die Menschen in den neuen Bundesländern erbringen.

Erfreulicherweise ist es gelungen, die Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern von der Rezession in Westdeutschland weitgehend abzukoppeln. So haben die Investitionen in Ostdeutschland weiter kräftig zugenommen. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für das Entstehen neuer wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze. Besonders deutlich ist

(Fortsetzung auf Seite 2)

ENTSCHEIDUNG '94:

Bundesgeschäftsführer Hans-J. Reck: Wir sind gut gerüstet.

(Fortsetzung von Seite 1)

der Aufholprozeß im Infrastrukturbereich. So gab es zum Beispiel nach 40 Jahren DDR gerade 1,8 Millionen Telefonanschlüsse. Nach gut drei Jahren deutscher Einheit sind es heute mit 4,1 Millionen bereits mehr als doppelt so viele. Ein-drucksvoll sind auch die Verbesserungen im Verkehrswesen. So sind inzwischen mehr als ein Drittel der Autobahnstrecken und über die Hälfte der Bundesstraßen in den neuen Ländern instand gesetzt und ausgebaut worden.

Trotz all dieser Fortschritte besteht nach wie vor eine beträchtliche Lücke von jährlich über 200 Milliarden D-Mark zwischen dem, was in den neuen Bundesländern ausgegeben wird und dem, was dort selbst erwirtschaftet wird. Diese Lücke wird durch öffentliche und private Transfers geschlossen. Auf Dauer kann dies jedoch keine Lösung sein. Ziel muß sein, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der neuen Bundesländer rasch weiter zu steigern, damit Einkommen und Investitionen zunehmend in Ostdeutschland selbst erarbeitet werden können.

Es muß uns heute darum gehen, neue Handlungsspielräume für die Zukunft von ganz Deutschland zu gewinnen. Es geht zunächst einmal um die Überwindung der derzeitigen Rezession. Die aktuellen Konjunkturdaten sprechen immer stärker dafür, daß wir die Talsohle der Rezession durchschritten haben und sich der Auf-

Wahlkampf-Argumente



stieg abgezeichnet. So meldet der Maschinenbau nach einer langen Durststrecke steigende Aufträge aus dem Ausland. Dies könnte in diesem wichtigen Wirtschaftszweig den Beginn eines vom Export getragenen Aufschwungs signalisieren.

Wir haben es allerdings nicht nur mit einer normalen Rezession zu tun, sondern auch mit zu lange aufgestauten Strukturproblemen. Dabei handelt es sich um Probleme

- **Sozialdemokraten**
SPD wirtschafts- und finanzpolitisch auf Geisterfahrt. Seite 5—7

Widersprüche und Unwahrheiten: 9mal Rudolf Scharping. Seite 10—11

Generalsekretär Peter Hintze: Hat Rau das Parlament belogen? Die SPD fühlt sich an einem wunden Punkt getroffen. Seite 12

- **Sicherheitspolitik**
Bundeskanzler Helmut Kohl: Wir müssen an der Seite unserer Partner Verantwortung übernehmen. Seite 13

- **Wahlaufruf**
Für Wahlbeteiligung und

HEUTE AKTUELL

Engagement. Gegen Politikverdruß und Radikalismus. Seite 14

- **Innere Sicherheit**
Bundesinnenminister Manfred Kanther: Kriminalitätsbekämpfung bleibt gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Seite 15

- **Asylrecht**
Asylbewerber-Neuzugänge: Drastischer Rückgang. Seite 17

- **Familienpolitik**
Keine Familie wird schlechter gestellt — SPD dreht Tatsachen. Seite 18

- **Europa**
Hans-Gert Pöttering: Wahlensungen zur Europawahl wichtig. Seite 20

Georg Jarzembowski: Wahlrecht für Unionsbürger bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am 12. Juni. Seite 21

- **Niedersachsen**
Über 7 000 Menschen beim Aufgalopp mit der CDU zur Niedersachsenwahl. Seite 22

- **Information**
Bundesgeschäftsführer Hans-J. Reck: Erfolgreiche Testphase für das CDU-Angebot im DATEX-J. Seite 23

der alten Bundesrepublik, die nichts mit der deutschen Einheit zu tun haben. So haben wir zum Beispiel wichtige Reformen, wie bei Bahn und Post, seit Jahrzehnten verschleppt. Die Tarifpartner haben es in den guten Jahren nicht geschafft, den gesetzlichen Spielraum für flexiblere Arbeitszeiten und längere Maschinenlaufzeiten auch nur annähernd auszuschöpfen.

Wichtige Entscheidungen durchgesetzt

So haben wir bereits wichtige Entscheidungen getroffen, die lange Zeit nicht durchsetzbar waren, weil die notwendige Unterstützung durch die Mehrheit des Bundesrates verweigert wurde. Jetzt sind solche Entscheidungen — nicht zuletzt dank beharrlicher Anstrengungen der Bundesregierung — möglich geworden. Dies zeigt, daß das Umdenken allmählich in Gang kommt.

- Ich nenne als ein Beispiel die Neuregelung des Asyl- und Ausländerrechts zum 1. Juli 1993. Wenn ich an die aufgeregten Diskussionen hierüber und an die Demonstrationen zurückdenke, wundere ich mich, wie wenig heute über die positiven Erfahrungen mit dem neuen Asylrecht geredet wird. Immerhin ist die Zahl der Asylbewerber vom ersten zum zweiten Halbjahr 1993 um die Hälfte geschrumpft.
- Ich nenne als weiteres Beispiel die Bahnreform. Nach jahrzehntelanger ergebnisloser Diskussion haben wir jetzt die Grundlage dafür gelegt, daß die Behörde Bahn zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen für Bürger und Wirtschaft wird. Befreit vom Korsett des öffentlichen Dienst- und Haushaltsrechts kann sich die neue Bahn wettbewerbsfähig, kundenfreundlich und erfolgreich am Markt bewähren.
- Ein weiteres großes Reformprojekt der

Bundesregierung ist die Postreform. Wir haben dazu letzte Woche die Gesetzentwürfe beschlossen. Die drei Postunternehmen Telekom, Postdienst und Postbank werden in Aktiengesellschaften überführt. Damit wird ihre Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit auf den nationalen und internationalen Märkten gestärkt. Denn der Wettbewerb gerade auf den rasant wachsenden internationalen Märkten der Kommunikation ist in vollem Gange. Im Jahr 2000 dürfte dieser Wirtschaftszweig etwa die gleiche Bedeutung haben wie heute die Automobilindustrie. Auch wenn wir bei der Liberalisierung nicht alle Ziele durchsetzen können, bedeutet die Postreform II doch eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft.

Unsere entschlossene Sparpolitik zeigt positive Wirkungen. Die langfristigen Zinsen liegen in der Nähe des historisch niedrigsten Standes. Die Aktienkurse sind 1993 um fast 40 Prozent gestiegen. Anders ausgedrückt: Unsere Politik genießt auch in der internationalen Finanzwelt ganz offensichtlich beachtliches Vertrauen. Und sie gewährleistet damit auch die Stabilität der D-Mark. Deshalb werde ich von dem entschlossenen Sparkurs nicht abweichen. Die D-Mark ist eine der führenden Währungen der Welt. Das heißt für mich: Im Währungsbereich darf es keine Experimente geben.

Mehr Wachstum und Beschäftigung

Im Parlament wird derzeit das „Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ beraten. Mit ihm setzen wir weitere wesentliche Maßnahmen um, die wir in unserem Bericht zur Zukunftssicherung des Standorts Deutschland angekündigt haben. Diese Entscheidungen sind, ungeachtet des Wahljahres, zur Sicherung der Zukunft absolut notwendig.

Ein Aufschieben so wichtiger Zukunftsmaßnahmen ist mit mir nicht zu machen. Denn damit würden wir unsere Zukunft verraten.

Wesentliche Säulen des Aktionsprogramms sind

- eine Existenzgründungs- und Innovationsoffensive im Mittelstand, unter anderem die Wiedereinführung des Eigenkapitalhilfe-Programms in den alten Bundesländern;

- eine Fortentwicklung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums, darunter Zusatzangebote der Beschäftigungsförderung und die bundesweite Zulassung der privaten gewerblichen Arbeitsvermittlung.

Herausgreifen möchte ich an dieser Stelle die Notwendigkeit, das Angebot an Teilzeitarbeitsstellen erheblich auszuweiten. In vergleichbaren Industrieländern gibt es weitaus mehr Teilzeitarbeitsplätze als bei uns. In den Niederlanden geht zum Beispiel fast jeder dritte Berufstätige einer Teilzeitbeschäftigung nach, während bei uns nicht einmal jeder Sechste Teilzeit arbeitet. Hätten wir Verhältnisse wie in den Niederlanden, gäbe es bei uns etwa 2 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze. Ich würde es begrüßen, wenn Unternehmen und Betriebsräte gerade bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage dieses Potential stärker nutzen würden. Hier kann ganz kurzfristig und sehr konkret etwas gegen Arbeitslosigkeit und für Beschäftigung getan werden.

Verantwortung der Tarifpartner

Trotz der beschäftigungspolitischen Erfolge der 80er Jahre mit einem Zuwachs von über 3 Millionen Arbeitsplätzen in den alten Bundesländern fehlen heute in ganz Deutschland rund 5 Millionen wettbewerbsfähige Arbeitsplätze — und dies, obwohl es Arbeit genug gibt. Eine ganz besondere Verantwortung trifft dabei die

Was wir brauchen, sind Bürgersinn und gelebter Patriotismus. Zu dem notwendigen Umdenken in Deutschland gehört, daß weniger gefragt wird: „Was können Staat und Gesellschaft für mich tun?“, sondern: „Was kann ich für mein Land tun?“. Wenn immer mehr Menschen dies begreifen, dann haben wir allen Grund zur Zuversicht.

Tarifpartner. Denn sie bestimmen im Rahmen der Tarifautonomie weitgehend über Arbeitskosten, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen. Über die Zukunft unserer Arbeitsplätze entscheidet dabei nicht der Lohnkostenanstieg eines einzelnen Jahres sondern die Fähigkeit der Tarifparteien, sich auf veränderte Bedingungen frühzeitig einzustellen. Die alten Rituale von Forderung und Gegenforderung, Streik und Aussperrung sind sicher nicht die richtigen Antworten auf die beschäftigungspolitischen Notwendigkeiten dieses Jahres.

Die Tarifparteien sollten stärker als in der Vergangenheit das Beschäftigungsziel in den Mittelpunkt ihrer Verhandlungen stellen. Der für die Beschäftigten in der Chemie-Industrie vereinbarte erste Tarifabschluß für das Jahr 1994 ist in dieser Hinsicht ein richtiges Signal. Mit flexibleren Arbeitszeit-Korridoren und speziellen Einstiegstarifen haben Tarifparteien hier erstmals konkrete Vereinbarungen getroffen, die Rücksicht auf die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Betriebe und der Arbeitnehmer nehmen. Neueinstellungen werden damit erleichtert. Ich halte dies für einen ganz wichtigen Schritt auf dem Weg zu mehr Beschäftigung, der auch in anderen Branchen Schule machen sollte.

SPD wirtschafts- und finanzpolitisch auf Geisterfahrt

Die SPD hat es in den vergangenen eineinhalb Jahren fertig gebracht, ein diffuses Sammelsurium als „wirtschafts- und finanzpolitisches Programm“ anzupreisen. Wer aber die einzelnen Forderungen kritisch beleuchtet, kann rasch erkennen: Die wirtschafts- und finanzpolitischen Vorschläge der SPD sind das gewaltigste Steuererhöhungs- und Umverteilungsprojekt in der deutschen Geschichte.

Mit ihren Vorschlägen treibt die SPD Unternehmen ins Ausland, bestraft Leistung und gefährdet das Fundament wirtschaftlicher Erholung. Den Bürgern gaukelt sie vor, nur die Reichen würden zur Kasse gebeten. Richtig ist aber, daß gerade untere und mittlere Einkommen die Folgen der konjunktur- und arbeitsplatzfeindlichen sozialdemokratischen Politik voll zu spüren bekommen. Es kann gerade ihren Arbeitsplatz kosten, wenn die SPD nicht bereit ist, endlich die wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten nicht nur einzugestehen, sondern auch umzusetzen.

In einer schwierigen wirtschaftlichen Situation und angesichts angespannter öffentlicher Haushalte kann es nicht um neue zusätzliche, milliarden schwere Ausgaben gehen. Wenn die SPD heute immer noch die finanz-, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ordnung nach dem Prinzip „Mehr Sozialismus, weniger Marktwirtschaft“ grundlegend umgestalten will, so zeigt sie gerade in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ihren geringen Bezug zur Realität.

Milliarden will die SPD für nebulöse und ideologieorientierte Ausgaben wie einen „Beschäftigungspakt“, „interventionistische Industriepolitik“ und „ökologische Modernisierung“ ausgeben. Arbeitsplätze lassen sich so jedenfalls dauerhaft weder schaffen noch sichern.

Die SPD bleibt eine ausgabenfreudige Partei

Milliardensummen fordert die SPD vor allem für:

- einen „Nationalen Beschäftigungspakt“
- Beschäftigungs- und Wachstumsmaßnahmen mit anderen EU-Partnern in Höhe von 15 bis 20 Milliarden DM
- ein Zukunftsinvestitionsprogramm „Ökologische Modernisierung“ in Höhe von rund 10 Milliarden DM für einen Zeitraum von 10 Jahren, einschließlich einer erneuerten Investitionspauschale
- die Sanierung von Treuhandunternehmen und die Erneuerung industrieller Kerne
- Modernisierungsdarlehen zugunsten privater Industrieunternehmen in den neuen Bundesländern
- Hilfen für die Exportförderung durch einen Sonderkreditplafonds, einen Ausgleichsfonds und die Einrichtung von Handelsentwicklungsgesellschaften in Höhe von rund 9 Milliarden DM
- Einführung einer Wertschöpfungszulage für Unternehmen in den neuen Bun-

desländern in Höhe von rund 4 Milliarden DM

- noch mehr finanzielle Mittel für den Ausbau der Forschungsinfrastruktur in den neuen Bundesländern
- zusätzliche Subventionen für Stahlregionen mit einem Volumen von mindestens 2 Milliarden DM
- ein Wohnungsbauprogramm mit bevorzugter Förderung von Sozialwohnungen und den Abbau der freifinanzierten Wohnungsbauförderung
- Einführung eines einheitlichen Kindergeldes in Höhe von 250 DM monatlich

Mit der SPD: Marsch in den Steuer- und Abgabenstaat

Zur Finanzierung dieser gewaltigen Ausgaben will die SPD den Bürgern und Unternehmen tief in die Tasche greifen und Milliarden aus dem Geldbeutel von Bürgern und Unternehmen in die Taschen des Staates umverteilen. Über rund 150 Milliarden DM — also rund 5 Prozent des Bruttosozialproduktes — sollen durch erhebliche Steuererhöhungen und Umschichtungen umverteilt werden. Die SPD fordert:

- eine „ökologische Steuerreform“ und kontinuierliche Anhebung der Energiesteuern
- eine Anhebung des Benzinpreises um 50 Pfennig
- eine gravierende Verschlechterung der steuerlichen Rahmenbedingungen für arbeitsplatzschaffende Unternehmen in Höhe von rund 15 Milliarden DM, vor allem durch
 - ▶ die Wiederanhebung des Einkommensteuerhöchstsatzes für gewerbliche Einkünfte
 - ▶ Steuererhöhungen bei der Gewerbe-, Vermögen- und Erbschaftsteuer

- ▶ die Verschlechterung von Rückstellungs- und Wertberichtigungsmöglichkeiten
- ▶ weitere Maßnahmen gegen Gewinnverlagerungen ins Ausland
- ▶ Erhöhung der Erfassung des privaten Nutzungsanteils bei PKWs
- ▶ Einschränkung der steuerlichen Berücksichtigung betrieblich genutzter PKWs
- ▶ Einschränkung der Steuerermäßigung für Veräußerungsgewinne
- ▶ Ausdehnung der steuerlichen Erfassung von Gewinnen aus der Veräußerung von Anteilen aus Kapitalgesellschaften
- ▶ Abschaffung der steuerlichen Berücksichtigung von Bewirtungskosten
- ▶ Aufhebung der Vermögensteuerbefreiung in den neuen Bundesländern
- Ergänzungsabgabe für Besserverdienende ab einem Einkommen von 60.000 DM für Ledige bzw. 120.000 DM für Verheiratete mit einem Volumen von 15 bis 20 Milliarden DM
- Einführung einer Arbeitsmarktabgabe für Selbständige, Beamte, Minister und Abgeordnete mit einem Volumen von rund 5 Milliarden DM
- Erhebung einer zehnpromzentigen Solidaritätsanleihe bei Einkommen über 60.000 DM für Ledige bzw. 120.000 DM für Verheiratete mit Volumen von jährlich rund 20 Milliarden DM
- Erhöhung der Besteuerung von Grund und Boden
- stärkere Besteuerung von Vermögen
- Neugestaltung der Zinsbesteuerung mit 3 bis 5 Milliarden DM
- Begrenzung des Ehegatten-Splittings, Abschaffung der Kinderfreibeträge und Entfall des heutigen Kindergeldes und der Kindergeldzuschläge mit einem Volu-

men von insgesamt rund 50 Milliarden DM

- Absenkung der Kilometerpauschale und Einführung einer Entfernungspauschale
- Kürzung von Subventionen um 10 Prozent
- Einsparungen im Agrarbereich bei der Gasölbetriebsbeihilfe, bei der Agrarsozialreform und beim soziostrukturellen Einkommensausgleich in Höhe von 1,45 Milliarden DM
- Einbeziehung von Motorbooten in die Kfz-Steuer mit einem Volumen von 30 Millionen DM
- Konzentration der Investitionsförderung in den neuen Ländern auf eine Investitionszulage von 20 Prozent
- Einsparungen bei der Bundeswehr in Höhe von 3 bis 5 Milliarden DM
- Verringerung der Straßenbaumittel für den Westen
- Einsparungen bei modernen Technologien wie der Raumfahrt und der Nuklearforschung in Höhe von 300 Millionen DM
- Einsparungen bei der zivilen Verteidigung in Höhe von 150 Millionen DM

Die SPD gefährdet Zukunftssicherung

Die Vorschläge der SPD überfordern Bürger und Unternehmen. Eine solch unsolide Wirtschafts- und Finanzpolitik gefährdet die Zukunftssicherung Deutschlands. Konjunktur- und arbeitsplatzfeindliche Maßnahmen können auch niemals sozial ausgewogen sein.

Wenn die SPD nicht davon abläßt, Neid und Umverteilung in demagogischer Weise zu propagieren, dann ignoriert sie bewußt, daß eine weitere Belastung der oberen Einkommen die Leistungsbereit-

schaft und den Leistungswillen schwächt. Denn schon heute zahlen die oberen 5 Prozent der Lohn- und Einkommensteuerepflichtigen rund 40 Prozent, die oberen rund 30 Prozent sogar 70 Prozent. Nicht mehr, sondern weniger Steuereinnahmen

Wahlkampf-Argumente



werden die Folge sein. Wer daher wie die SPD falsche Anreize setzt, hemmt die Eigeninitiative der Bürger und blockiert vor allem den wirtschaftlichen Erholungsprozeß.

Die SPD würde nicht mehr, sondern weniger sichere Arbeitsplätze zu verantworten haben.

Die SPD weiß auch um die Gefahr für den Standort Deutschland. Daß er im internationalen Vergleich unter zu hohen Lohnnebenkosten leidet, gesteht inzwischen auch die SPD ein, die richtigen Konsequenzen hat sie aber bis heute nicht gezogen. Unverändert überwiegen alte Umverteilungsideen.

Zukunftsweisende Konzepte können nicht lauten: mehr Staat, mehr Steuern und mehr Umverteilung. Was wir brauchen, sind wirtschafts- wie auch finanzpolitisch klare und verlässliche Perspektiven, wie die CDU sie in den „Thesen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ und im Beschluß „Für Wachstum und Beschäftigung“ formuliert hat. Schwarzmalerei ist angesichts der zu lösenden Zukunftsaufgaben ebenso fehl am Platze wie ein sozialdemokratisches Chaos in der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Generalsekretär Peter Hintze:

Eine Dramatisierung der Lage nützt den Arbeitslosen nicht

Zur Lage am Arbeitsmarkt erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die Lage am Arbeitsmarkt ist ernst. Der Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft betrifft weltweit alle Nationen und hat tief liegende Gründe: Die Standortkonkurrenz verschärft sich, die Märkte wachsen zusammen und neue Technologien bestimmen die Zukunft.

Hinzu kommt für Deutschland, daß in den neuen Ländern die Folgen einer 40jährigen sozialistischen Diktatur zu bewältigen sind und in unserer direkten Nachbarschaft wirtschaftliche Konkurrenten erwachsen, die nun, von den Fesseln der sozialistischen Planwirtschaft befreit, ihre neuen Chancen auch in der Wirtschaft kreativ nutzen.

Diese Fakten gehören zu einer ehrlichen Analyse der Lage am Arbeitsmarkt

Wütende Einwendungen

Zu Äußerungen von SPD-Bundesgeschäftsführer Verheugen erklärte CDU-Sprecher Rolf Kiefer: Während Herr Verheugen die Arbeitslosigkeit beschwört, um Wahlkampfstimmung zu machen, handelt der Bundeskanzler Tag für Tag im Interesse von Wachstum und Beschäftigung. Verheugens wütende Einwendungen ändern im übrigen nichts daran, daß die Frage nach dem Verhältnis von SPD und SED weiterhin auf eine Antwort wartet.

ebenso wie die Feststellung, daß nahezu 1,3 Mio. Arbeitslose in Deutschland ihr schweres Los der SED-Diktatur zu verdanken haben. Denn die Marktwirtschaft deckt in den neuen Ländern nun auf, was in den vergangenen 40 Jahren versäumt wurde: Modernisierung der Industriestrukturen, Qualifizierung der Arbeitnehmer und Schonung der Umwelt.

Eine Dramatisierung der Situation, wie sie von der SPD betrieben wird, nützt den Arbeitslosen nichts. Arbeitslosigkeit wird nicht durch Sozialneidparolen überwunden, sondern nur durch eine Politik, die das Wachstum stärkt und damit dauerhaft sichere Beschäftigung ermöglicht.

Die CDU und die von ihr geführte Bundesregierung hat die Weichen hierfür richtig gestellt:

- Das Standortsicherungsgesetz hat die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns in Deutschland entscheidend verbessert. Die Unternehmensteuern in Deutschland waren noch nie so niedrig wie heute.
- Mit dem Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm wurde die Neuverschuldung begrenzt. Die Zinsen konnten dadurch weiter sinken, was zusätzliche Anreize für Investitionen in sichere Arbeitsplätze gibt.
- Das Beschäftigungsförderungsgesetz 1994, mit dem das CDU-Aktionsprogramm umgesetzt wird, setzt zusätzliche Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung, die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden geschärft.

Die Ausgangslage für den wirtschaftlichen Aufschwung ist dabei günstig: Heute gibt es allein in den alten Bundesländern über zwei Millionen Arbeitsplätze mehr als bei der Regierungsübernahme vor 11 Jahren.

Daß sich diese positive Entwicklung nicht sofort auch am Arbeitsmarkt zeigt, ist eine langjährige Erfahrung. Deshalb erfordert die Überwindung der strukturellen und konjunkturellen Krise nun einen langen Atem. Alle müssen daran mitwirken, unsere Zukunft zu sichern: Unternehmen und Gewerkschaften, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Politik und Verbände.

Nicht gegeneinander, sondern nur miteinander ist die Herausforderung zu meistern. Ich appelliere an die Tarifparteien, dies in der laufenden Tarifrunde zu berücksichtigen.

Talsole durchschritten

Der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Julius Louven, erklärte zu den am 8. Februar veröffentlichten Arbeitsmarktdaten:

Die aktuellen Zahlen des Arbeitsmarktes bestätigen die Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute und die Annahmen des jüngsten Jahreswirtschaftsberichtes. Der Rückgang der Kurzarbeit in Ost- und Westdeutschland um insgesamt rund 48.000 ist ein sicheres Indiz für die beginnende Konjunkturerholung. Damit ist die Talsole durchschritten.

Der parallel zu verzeichnende starke Anstieg der Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland um rund 340.000 zusätzliche Arbeitslose überrascht nicht — so bedauerlich diese Entwicklung ist. Die Beschäftigungsentwicklung läuft der Konjunkturerholung immer hinterher. Ferner ist im Wintermonat Januar der Anstieg der Arbeitslosigkeit auch witterungsbedingt zu erklären. Bei dieser Ausgangslage kann sich erst nach einem längeren Konjunkturanstieg die Beschäftigungslage stabilisieren und es per saldo zur Schaffung neuer Arbeitsplätze kommt.

Diesen schwierigen Prozeß begleitet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion weiterhin mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, für die 1994 über 53 Milliarden DM eingesetzt werden.

Die SPD verschaukelt die Verkehrsteilnehmer

Als „sozialdemokratischen Rittberger hoch drei“ bezeichnet der CDU-Bundestagsabgeordnete Claus-Peter Grotz jüngste Verlautbarungen aus der SPD-Kommission „Regierungsprogramm 94“.

Einerseits fordere die SPD eine weitere Erhöhung der Mineralölsteuer (Grotz dagegen: „Auf absehbare Zeit ist nach der jüngsten Erhöhung die Mineralölsteuer ausgereizt.“), andererseits solle gleichzeitig nach den SPD-

Plänen der Straßenbau in Westdeutschland um insgesamt 2 Mrd. DM zurückgefahren werden: „Die SPD verschaukelt die Verkehrsteilnehmer.“ Dazu komme noch, daß sich die SPD im Gegensatz zur offiziellen Bonner Linie in den Wahlkreisen nicht getraue, den Bürgern zu sagen, daß mit ihren Plänen wichtige und unverzichtbare Straßenprojekte für immer wegfielen, erklärte Grotz, der auch Vorsitzender des Bundesfachausschusses Verkehrs politik der CDU ist.

Widersprüche und Unwahrheiten: 9x Rudolf Scharping

SPD-Kandidat Rudolf Scharping ist peinlich bemüht, konkrete Festlegungen zu vermeiden. Wenn er aber doch einmal in der Sache gestellt wird, fällt schlagartig die Fassade. Aktuelles Beispiel: Ein Interview in der Bild-Zeitung, in dem sich Rudolf Scharping fast in jeder Zeile in Widersprüche und Unwahrheiten verheddert.

1. Rudolf Scharping sagt: „Arbeit zu bezahlen ist sinnvoller, als Arbeitslosigkeit zu finanzieren.“

Stimmt, nur hat das eine mit dem andern nichts zu tun. Arbeitsplätze gibt es nur, wenn die Wirtschaft stark ist. Staatswirtschaft — das hat das Beispiel DDR gezeigt — ist zum Scheitern verurteilt.

2. Rudolf Scharpings ständiger Spruch: „Wenn aber jemand 2.000 DM Steuern zahlen kann, kann er auch 2.200 DM verkraften.“

Eine typische Neidparole der SPD: Was Rudolf Scharping da verkündet, heißt nichts anderes, als massive Steuererhöhungen für die, die in unserer Gesellschaft viel leisten. Das trifft nicht zuletzt Facharbeiter, Mittelständler und Beamte. Und es rechnet sich noch nicht einmal. Steuererhöhungen, die die Leistungskraft der Wirtschaft abwürgen, führen eben nicht unbedingt zum Einnahmeverbesserungen des Staates. Sie schaden vielmehr allen.

3. Rudolf Scharping fordert „Bürokratie abbauen“ und nennt als Beispiel die Baugenehmigungen.

Wie wär's, wenn Rudolf Scharping in Rheinland-Pfalz damit anfängt. Denn gerade bei den Baugenehmigungen kommt die Länderkompetenz zum Tragen. Bayern hat es längst vorgemacht. Rudolf Scharping klopft Sprüche, tut aber nichts — obwohl er könnte.

4. Rudolf Scharping beklagt die Erhöhung der Mineralölsteuer und behauptet: „Wer das tut, muß den Pendlern helfen.“

Wahlkampf-Argumente

ENTSCHEIDUNG



Das haben die Herren in Bonn vergessen.“

Stimmt nicht. Die Regierung hat die Kilometerpauschale von 65 Pf je km auf 70 Pf erhöht. Die SPD hat im Vermittlungsausschuß eine Anhebung auf 75 Pf verhindert.

5. Rudolf Scharping: „Die Steuerlast nicht erhöhen, aber umschichten, Arbeit entlasten und der Verbrauch von Rohstoff, Natur und Energie belasten.“

Richtung erkannt, Herr Scharping. Die CDU fordert genau das in ihrem neuen Grundsatzprogramm. Nur: Wer Rohstoff und Energie stärker belasten will und gleichzeitig die Regierung attackiert wegen einer Erhöhung der Mineralölsteuer, ist ungläubwürdig!

6. Rudolf Scharping spricht von 1900 Mrd. DM Staatsschulden und behauptet, Theo Waigel habe mehr Schulden aufgehäuft als alle Finanzminister vor ihm.

Wie können Sie so reden, Herr Scharping? Deutschland hat die Einheit geschultert und muß viele hundert Milliarden DM aufbringen, um die Erblast der SED-Diktatur zu bewältigen. Trotzdem: Deutschland ist der einzige Staat unter den sieben führenden Industriestaaten auf der Welt, der seine Haushaltsziele in den neunziger Jahren eingehalten hat. Das hätte die SPD nicht geschafft. Denken Sie nur an die traurige SPD-Bilanz von 1982.

7. Rudolf Scharping fordert „Zunächst muß der Staat selbst beweisen, daß er sparen kann, bevor er beim Bürger die Hand aufhält.“

Schön gesagt — aber warum tut es Herr Scharping nicht da, wo er es könnte. In Rheinland-Pfalz hat er die Ministerialbürokratie um mehr als 100 Stellen aufgebläht.

8. Rudolf Scharping fordert, „die Zahl der Ministerien zu verringern“.

Er selbst hat aber als Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz die Regierung um weitere zwei Ministerien aufgestockt und damit die größte Regierung gebildet, die Rheinland-Pfalz je hatte. Auch in diesem Punkt klaffen bei Rudolf Scharping Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander.

9. Rudolf Scharping fordert im Interview, die Ministergehälter weiter einzufrieren.

Als Ministerpräsident gibt Scharping selbst ein denkbar schlechtes Vorbild: Allein seine Amtsbezüge sind 1993 im Vergleich zum Vorjahr um 10.000 Mark gestiegen. — Der Bundeskanzler und sein ganzes Kabinett haben dagegen seit 1991 auf eine Erhöhung seiner Bezüge verzichtet.

Peinlich, Herr Scharping!

Die Sicherheitspolitik der SPD

Aktuelle Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung erschienen

Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik steht die Bundesrepublik Deutschland vor entscheidenden Herausforderungen. In Anbetracht des sozialdemokratischen Strebens nach der Regierungsverantwortung stellt sich auch die Frage nach einer etwaigen Ausgestaltung der Sicherheitspolitik durch die SPD.

Diesem Aspekt widmet sich die Interne Studie Nr. 68/94 des Bereichs Forschung und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung unter dem Titel „Zwischen Real- und Oppositionspoli-

itik — Die außen- und sicherheitspolitische Diskussion der SPD am Scheideweg“.

Der Verfasser, Dr. Michael J. Inacker, verantwortlicher Redakteur für Sicherheitspolitik bei der WELT AM SONNTAG, untersucht das sozialdemokratische Verständnis von Machtpolitik und von der Funktion und Legitimation von Streitkräften.

Bestellungen unter Rufnummer (0 22 41) 2 46 oder der Faxnummer (0 22 41) 2 46 5 47.

Generalsekretär Peter Hintze:

Hat Rau das Parlament belogen?

Die am 5. Februar vom ZDF-Heute-Journal veröffentlichten neuen Dokumente über die Verbindungen zwischen SPD-Repräsentanten sowie SED und KPdSU werfen eine Reihe neuer Fragen auf. Eine dieser Fragen lautet: Hat Johannes Rau am 13. November 1991 vor dem nordrhein-westfälischen Parlament die Unwahrheit gesagt?

Zum Hintergrund: Am 17. September 1986 traf sich SPD-Emissär Egon Bahr in Ost-Berlin mit Hermann Axen zu geheimen Gesprächen. Nach den jetzt bekannt gewordenen Protokollen bat Bahr darum, die Nachricht von der Beendigung des Asylbewerber-Zulaufs via Berlin-Schönefeld dem Bevollmächtigten der Bundesregierung, Hans Otto Bräutigam, erst am späten Nachmittag des darauffolgenden Tages zu übermitteln, damit Kanzlerkandidat Rau zuvor genügend Zeit zur Abgabe der wahlkampfträchtigen Erklärung habe. Genau so wurde verfahren: Rau trat mit der begehrten Botschaft aus

Ost-Berlin vor die Presse, noch bevor die Bundesregierung vom DDR-Außenministerium informiert wurde.

In der Landtagssitzung vom 13. November 1991 (Plenarprotokoll 11/42) wurde Rau vom Abgeordneten Reul hierzu gefragt:

„Gab es zwischen Ihnen, Herr Ministerpräsident, oder einem der Mitglieder der SPD-Führung oder einem der von Ihnen zu Verhandlungen Beauftragten eine Vereinbarung mit der DDR-Führung über die zeitliche Plazierung der Verlautbarung des DDR-Außenministeriums?“

Antwort Johannes Rau: „NEIN“.

Da Egon Bahr diesen Vorgang mittlerweile indirekt bestätigt hat, liegt der Verdacht nahe, daß Johannes Rau am 13. November 1991 vor dem nordrhein-westfälischen Landtag nicht die Wahrheit gesagt hat.

Johannes Rau muß jetzt zu diesen Tatsachen Stellung beziehen und die ganze Wahrheit offenlegen.

Die SPD fühlt sich an einem wunden Punkt getroffen

Zu den Äußerungen von Rudolf Scharping im Blick auf das Verhältnis von SPD und SED erklärte der Generalsekretär:

Die Äußerungen Rudolf Scharpings machen deutlich, daß sich die SPD an einem wunden Punkt getroffen fühlt. Unabhängige Wissenschaftler haben

kritische Fragen aufgeworfen. Rudolf Scharping kann hiervon nicht auf Dauer mit seinen abwegigen „Schlamm Schlacht“-Behauptungen ablenken. Die SPD kann vor ihrer Geschichte nicht davonlaufen.

Die Fragen werden solange gestellt, bis sie beantwortet sind.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wir müssen an der Seite unserer Partner Verantwortung übernehmen

Bei der 31. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Rede über „Europäische Sicherheit und die Rolle Deutschlands“ unter anderem:

1. Gerade die historische Erfahrung gebietet es, daß Deutschland nicht beiseite stehe, wenn es um Frieden und Freiheit in der Welt und Europa gehe. Deutschland wolle und müsse an der Seite seiner Partner Verantwortung übernehmen.

2. Verlässlichkeit und Bündnisfähigkeit seien die Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik. Jede verantwortliche deutsche Außenpolitik müsse von der Erfahrung ausgehen, daß ein deutscher Sonderweg unweigerlich in die politische Isolation führe.

3. Es gehe bei der Frage des Einsatzes deutscher Streitkräfte in keiner Weise um eine „Militarisierung der Außenpolitik“, sondern um den Kern der zukünftigen Bündnis- und Partnerfähigkeit Deutschlands. Es sei deshalb unabdingbar, daß sich Deutschland künftig an friedenserhaltenden und friedensschaffenden Maßnahmen beteilige — selbstverständlich nur zusammen mit den Partnern und Freunden in der NATO und der Europäischen Union. Wer nach Frieden rufe, gleichzeitig aber der Internationalen Gemeinschaft die Instrumente zur Friedenssicherung verweigere, sei nicht glaubhaft.

4. Es sei ein zentrales Ergebnis des jüngsten NATO-Gipfels, daß sich das

sicherheitspolitische Engagement von Europäischer Union und NATO in Kernfragen europäischer Sicherheit künftig ergänzten. Die WEU könne nun für eigene Einsätze auf Mittel und Einrichtungen der NATO zurückgreifen.

5. Deutschland müsse seine Aufgaben auch im Rahmen einer europäischen Ver-

Kurzfassung der Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl auf der 31. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik: „Europäische Sicherheit und die Rolle Deutschlands“ am 5. Februar

teidigung uneingeschränkt wahrnehmen. Wer sich dem verweigere, stelle sich letztlich der politischen Einigung Europas entgegen.

6. Deutschland brauche eine Bundeswehr, die auch den neuen Anforderungen gerecht werde und dementsprechend ausgerüstet sein müsse. Frieden und Freiheit seien nicht zum Null-Tarif zu haben. Die Akzeptanz der Wehrpflicht in der Gesellschaft müsse gestärkt werden. Über das Problem der Wehr- und Dienstgerechtigkeit müsse intensiv nachgedacht werden.

7. Wesentliches politisches Ziel des Zusammenwirkens von Europäischer Union und NATO sei die Einbeziehung der Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas in die europäischen Institutionen. Die Öffnung dieser Institutionen sei ein

FÜR WAHLBETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Dazu haben am 9. Februar führende Politiker der CDU aufgerufen. Mit 50 000 Flugblättern wollen sie bis zum 13. März, dem Termin der Landtagswahlen in Niedersachsen, nach den Worten von Generalsekretär Peter Hintze die Bürgerinnen und Bürger „wieder zum Mitmachen anstiften“.

Der Aufruf, der von Christian Wulff, Peter Hintze, Angela Merkel, Matthias Wissmann, Arnold Vaatz, Ronald Profalla, Christoph Böhr, Roland Koch, Günther H.

Oettinger, Herbert Reul, Christine Arlt-Palmer und Hermann Gröhe unterzeichnet ist, endet mit dem dringenden Appell:

„Machen Sie bei der Landtagswahl von Ihrem Stimmrecht Gebrauch. Stärken Sie durch Ihre Stimmabgabe unsere demokratische Ordnung. Verhindern Sie eine Zersplitterung der Parteienlandschaft und damit Unregierbarkeit und Handlungsunfähigkeit. Wir brauchen Ihr Engagement. Machen Sie mit!“

GEGEN POLITIKVERDRUSS UND RADIKALISMUS

vitales deutsches Interesse. Wesentliches Ziel der deutschen Präsidentschaft in der Europäischen Union im zweiten Halbjahr 1994 werde es sein, die Nachbarn im Osten durch praktische Schritte spüren zu lassen, daß sie künftig in der Europäischen Union willkommen seien.

8. Der jüngste NATO-Gipfel signalisiert den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas, daß auch die NATO für neue Mitglieder offen sei. Das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ — das nicht für alle Zukunft ausreichend sei — gebe diesen Staaten jetzt die Möglichkeit, Tempo und Ausmaß der Annäherung an die NATO — bis hin zur Mitgliedschaft — durch ihr individuelles Engagement mitzubestimmen.

9. Im Hinblick auf Rußland und die Ukraine strebe die NATO eine umfassende Sicherheitszusammenarbeit an. Man erwarte aber auch, daß Rußland eine Außenpolitik der konstruktiven Mitwirkung bei der Lösung internationaler Probleme betreibe — auch gegenüber anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion. Rußland müsse vor allem durch eigenes Handeln Vertrauen bei seinen Nachbarn schaffen. Ein Konzept der Einfluß- und Interessensphären sei damit nicht zu vereinbaren.

10. Deutsche und europäische Sicherheit werde auch künftig auf zwei Säulen beruhen: Der europäischen Einigung und der transatlantischen Partnerschaft.

Bundesinnenminister Manfred Kanther:

Kriminalitätsbekämpfung bleibt gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Anlässlich der Vorstellung des Verbrechensbekämpfungsgesetzes erklärte am 4. Februar Bundesinnenminister Manfred Kanther:

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist unabdingbare Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben in einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft.

Zu einer Rechtsordnung, die der Bürger als richtig und gerecht anerkennt, gehört die Aufgabe, das geltende Recht konsequent und effektiv durchzusetzen und Defizite im Gesetzesvollzug zu beseitigen, um den Bürgern Schutz vor den verschiedenen Erscheinungsformen der Kriminalität zu gewähren und das Vertrauen in den Rechtsstaat zu erhalten. Neben einer konsequenten und effektiven Anwendung der Strafvorschriften und Verfahrensbestimmungen des geltenden Rechts kommt es darauf an, durch zusätzliche gesetzgeberische Maßnahmen solche Erscheinungsformen der Kriminalität besser und wirksamer zu bekämpfen, die sich ständig neu bilden und in ihrer Art verändern.

Die Antworten des Staates müssen der Gefährdungslage ständig angepaßt werden.

Ich habe im September 1993 das Sicherheitspaket 94 mit Vorschlägen für eine Stärkung der Inneren Sicherheit vorgelegt und darauf hingewiesen, daß die Zusammenführung aller politischen Kräfte in Deutschland zu einer gezielten Anstrengung in der Verbrechensbekämpfung vorrangige Aufgabe ist.

Viele dieser Vorschläge sind eingeflossen in den nunmehr vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuchs, der Strafprozeßordnung und anderer Gesetze, das sogenannte Verbrechensbekämpfungsgesetz.

Im einzelnen sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

Zur Bekämpfung der an Umfang und Brutalität zunehmenden Gewalttätigkeiten gegen Menschen wird die Strafandrohung bei Körperverletzungsdelikten verschärft, um das Rechtsgut der körperlichen Unversehrtheit stärker zu schützen.

Um nachhaltig Wirkung zu erzielen, muß die Strafe der Tat möglichst schnell auf dem Fuß folgen. Der Gesetzesentwurf enthält daher Regelungsvorschläge zum beschleunigten Verfahren. Daneben ist eine Straffung des Beweisantragsrechts vorgesehen, um eine Prozeßverschleppung zu verhindern.

Änderungen im Haftrecht, wie z. B. die Erweiterung des Haftgrunds der Wiederholungsgefahr und ein neuer Haftgrund zur Sicherung der Hauptverhandlung, bewirken eine effektivere Strafverfolgung.

Die Belange der Opfer von Straftaten werden stärker als bisher berücksichtigt. So sollen im Strafgesetzbuch dem Täter-Opfer-Ausgleich und der Schadenswiedergutmachung insbesondere im Interesse der Opfer von Straftaten ein stärkeres Gewicht als bisher eingeräumt wer-

den. Damit werden Täter zur Wiedergutmachung des von ihnen angerichteten Schadens veranlaßt.

Jeder Art von Extremismus muß tatkräftig Einhalt geboten werden. Die Verfolgung fremdenfeindlicher und sonstiger rechtsextremistischer Straftaten, insbesondere die Verfolgung von Gewalttaten, hat bei Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten hohe Priorität. Die gewalttätigen Ausschreitungen und die sie begleitende haßerfüllte Propaganda gefährden den inneren Frieden und das Ansehen Deutschlands in der Welt.

Deshalb sieht der Gesetzentwurf vor, die Strafvorschriften über Volksverhetzung, über Aufstachelung zum Rassenhaß und über Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu erweitern. So wird jetzt auch die Verwendung nazi-ähnlicher Symbole unter Strafe gestellt.

Der Bekämpfung von Extremismus dienen ebenfalls Änderungen im Vereinsgesetz, die eine erweiterte Beschlagnahme und Einziehung und die Möglichkeit eines kollektiven Betätigungsverbots gegenüber Ausländervereinen vorsehen. Darüber hinaus wird unter bestimmten Voraussetzungen bei der Frage des Vereinsverbots das Handeln seiner Mitglieder dem Verein zugerechnet.

Möglichkeiten verbessert

Die Organisierte Kriminalität ist eine große Gefahr für unsere Gesellschaft. Das 1992 in Kraft getretene Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität — OrgKG — sowie das im November letzten Jahres in Kraft getretene Geldwäschegesetz haben die rechtlichen Möglichkeiten für eine effektive Bekämpfung der Organisierten Kriminalität verbessert.

Darüber hinaus ist in dem nun vorliegenden Gesetzentwurf eine Kronzeugenregelung bei Straftaten im Bereich der organisierten Kriminalität vorgesehen, um Angehörigen krimineller Organisationen einen Anreiz zu geben, sich aus ihrem Umfeld zu lösen und Organisationsstrukturen aufzudecken. Darüber hinaus sollen die Vermögensstrafe und der erweiterte Verfall zur Eindämmung sogenannter Schutzgelderpressungen auch bei gewerbs- oder bandenmäßig begangenen und räuberischen Erpressungen angewendet werden.

Rechtzeitige Erkenntnisse

Der Bundesnachrichtendienst muß jetzt nicht mehr wie bisher Erkenntnisse im Bereich der Kriminalität vernichten, die bei seiner strategischen Beobachtung des internationalen Fernmeldeverkehrs anfallen. Er erhält jetzt auch die Befugnis zur Überwachung des internationalen Fernmeldeverkehrs, soweit dies notwendig ist, um die Begehung internationaler terroristischer Anschläge in der Bundesrepublik Deutschland, die internationale Verbreitung von Kriegswaffen sowie des unerlaubten Außenwirtschaftsverkehrs mit kriegswichtigen Gütern, die unbefugte Verbringung von Betäubungsmitteln aus dem Ausland in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, die internationale Geldfälschung sowie internationale Geldwäsche im Zusammenhang mit den vorgenannten Handlungen rechtzeitig zu erkennen. Er leitet die dabei anfallenden Erkenntnisse an die dafür zuständigen Sicherheitsbehörden weiter. Voraussetzung eines Tätigwerdens ist die Anordnung des zuständigen Bundesministers und die Zustimmung der hierfür zuständigen parlamentarischen Kontrollgremien.

Zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität ist eine Verschärfung des Strafrah-

Asylbewerberneuzugänge:

Drastischer Rückgang

Zum Rückgang der Asylbewerberzahlen seit Inkrafttreten des neuen Asylrechts erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Im Monat Januar 1994 kamen 13.154 Asylbewerber nach Deutschland. Im Januar des Vorjahres waren es noch 36.279. Die Zahl der Asylbewerber in den 7 Monaten seit Inkrafttreten des neuen Asylrechts beläuft sich damit auf rund 111.600. In den letzten 7 Monaten vor der Novellierung des Asylrechts waren es noch rund 283.000.

Damit ging die Zahl der Bewerber in

den 7 Monaten nach Inkrafttreten des neuen Asylrechts gegenüber den 7 Monaten davor um rund 60 Prozent zurück. Im Vergleich der Monate Januar 1993 zu Januar 1994 beträgt der Rückgang fast zwei Drittel.

Damit wird belegt: Das neue Asylrecht greift. Die Reform des Asylrechts, für die die Union seit Jahren gegen alle Widerstände erfolgreich gekämpft hat, zeigt Wirkungen.

Worauf es jetzt ankommt, ist ein verbesserter Schutz unserer Außengrenzen, damit dieser Erfolg nicht durch eine starke Zunahme der illegalen Einwanderung zunichte gemacht wird.

Deshalb begrüße ich alle Anstrengungen des Bundesinnenministers zur Verbesserung der Kontrollen an den Grenzen namentlich zu Polen und zur Tschechischen Republik.

mens bei Verleitung von Kindern und Jugendlichen zum unerlaubten Betäubungsmittelverkehr und die Einfügung eines neuen Verbrechenstatbestands des unerlaubten Betäubungsmittelverkehrs unter Mitführung von Waffen vorgesehen. Gegen erwachsene ausländische Drogendealer muß zukünftig die Abschiebung verhängt werden.

Zur Bekämpfung krimineller Schlepperbanden über die deutschen Grenzen werden neue Straftatbestände des gewerbs- und/oder bandenmäßigen Einschleusens von Ausländern sowie der gewerbs- und/oder bandenmäßigen Verleitung zur mißbräuchlichen Asylantragstellung eingeführt. Die Höchststrafe beträgt 10 Jahre. Zur wirkungsvollen Strafverfolgung solcher Verbrechen kann künftig auch der Fernmeldeverkehr der Tatverdächtigen überwacht werden.

Durch eine Änderung der Gewerbeord-

nung wird eine verbesserte Kontrolle über private Sicherheitsgewerbe erreicht.

In der Sicherheitspolitik gibt es keinen Königsweg. Vielmehr muß ein Sicherheitsmosaik entwickelt werden, in dem viele einzelne Bausteine ihren Gesamtbeitrag zur Verbesserung der Verbrechensbekämpfung leisten. Der Entwurf eines Verbrechensbekämpfungsgesetzes ist ein wesentlicher Beitrag der Bundesregierung zu dieser Aufgabe. Auch in Zukunft wird in diesem Feld staatlicher Tätigkeit ein Schwerpunkt der Arbeit der Bundesregierung liegen.

Nicht zuletzt müssen alle verantwortlichen Träger unserer Gesellschaft, Familien, Schulen, Kirchen und Vereine sich mit Wurzeln und Auswüchsen von Kriminalität auseinandersetzen und entschlossen an ihrer Bekämpfung mitwirken. Kriminalitätsbekämpfung ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. ■

Keine Familie wird schlechter gestellt – SPD verdreht Tatsachen

Zur Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag über die Familienpolitik der Bundesregierung am 2. Februar erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Walter Link, Vorsitzender des Bundestagsausschusses Familie und Senioren:

Jedem, der etwas von Familienpolitik versteht, muß klar sein: Die von der SPD entfachte Kampagne über angebliche Versäumnisse beim Kindergeldzuschlag hat weder Hand noch Fuß.

Sie war lediglich der Versuch, durch falsche Behauptungen die Familienministerin zu diffamieren. Die Märchen, die Frau Matthäus-Maier uns aufgetischt hat, glaubt niemand mehr. Sie sollten jetzt im SPD-Wahlkampf-Märchenbuch 1994 ad acta gelegt werden.

Die Debatte hat eindeutig ergeben: Durch die Übergangsregelung zur Steuer-

freistellung des Existenzminimums wird keine Familie schlechter gestellt als bisher. Wer behauptet, den Familien werde zur Zeit weniger Geld ausgezahlt, als ihnen zustehe, stellt die Tatsachen auf den Kopf. Viele Familien haben im Gegenteil aufgrund der höheren Besteuerungsgrenze weniger Steuern zu zahlen, als dies früher der Fall war.

Die Familienpolitiker der CDU/CSU-Fraktion beabsichtigen für 1996 eine Neuregelung des Familienlastenausgleichs. In dieser wird auch der Kindergeldzuschlag in anderer Form neu geregelt werden. Das Kindergeld wird nach der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums von Kindern durch einen entsprechend hohen Kinderfreibetrag so gestaltet werden, daß es gerade in unteren Einkommensbereichen wesentlich höher ist als heute.

Kabinett beschließt Gesetz über LKW-Gebühr

Die Bundesregierung hat am 9. Februar 1994 dem Entwurf eines Autobahnbenutzungsgebührengesetzes (LKW-Gebühr) zugestimmt.

Hiermit werden die Voraussetzungen für eine Gebührenerhebung von LKW auf Autobahnen in Deutschland ab 1995 im Regionalverbund mit den Benelux-Staaten und Dänemark geschaffen.

Es wird Tages-, Wochen-, Monats- und Jahresgebühren geben. Die Jahresgebühr wird für LKW bis zu 3 Achsen rund 1.500 DM, mit 4 oder mehr Achsen rund 2.500 DM betragen.

Die Nichtbeachtung der Vorschriften

wird mit einer Geldbuße bis zu 10.000 DM belegt.

Die Einnahmen des Bundes aus dem Gebührenaufkommen werden auf rund 700 Mio. DM pro Haushaltsjahr geschätzt, bei Kosten für Organisation, Verwaltung und Kontrollen von rd. 50 Mio. DM.

Bundesverkehrsminister Wissmann erwartet eine zügige Beratung des Gesetzentwurfes.

Innerhalb kürzester Zeit wurde damit von der Bundesregierung ein Einstieg in eine gerechtere Anlastung der Wegkosten gleichermaßen für in- und ausländische LKW geschaffen.

Kommunen profitieren von der kommunalfreundlichen Politik der Bundesregierung

Zur Diskussion über die Kommunalfinanzen erklärte am 4. Februar der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Joachim Grünewald:

Entgegen der von den Kommunen — vor allen Dingen bei der zurückliegenden Diskussion über das Sparpaket 1994 — immer wieder erhobenen Behauptung, der Bund würde die Kommunen durch seine Politik belasten, bleibt festzuhalten: Unter dem Strich profitieren die Kommunen von der kommunalfreundlichen Politik der Bundesregierung.

Niemand wird ernsthaft bestreiten: Der Bund hat über seinen Anteil an den Leistungen des Fonds „Deutsche Einheit“ und vor allen Dingen durch seinen — gemessen an den alten Ländern und ihren Kommunen — überproportionalen Beitrag zur Finanzierung der Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs die Grundlagen für eine angemessene Finanzausstattung der ostdeutschen Kommunen gelegt.

Eine Gesamtschau der bundespolitischen Maßnahmen mit Auswirkungen auf die Kommunalfinanzen ergibt auch für die Kommunen in den alten Ländern:

Im Jahr 1995, in dem die Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs auf die Kommunalfinanzen durchschlägt, sind die Kommunen durch zahlreiche bundespolitische Entlastungen in die

Lage versetzt, diese Herausforderung zu bestehen.

So stehen den Nettobelastungen der Kommunen in den alten Ländern (ohne Stadtstaaten) aus der Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs in Höhe von rund 3,7 Mrd. DM in 1995 Ausgabentlastungen aus dem Föderalen Konsolidierungsprogramm in Höhe von rund 1,2 Mrd. DM (soweit quantifizierbar) und Nettoentlastungen als Folge

Wahlkampf-Argumente



der steuerlichen Maßnahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms in Höhe von rund 230 Mio. DM gegenüber. Hinzu kommen nach den Ergebnissen des Vermittlungsverfahrens im Dezember 1993 Nettoentlastungen der West-Kommunen aus dem Sparpaket in Höhe von rund 0,7 Mrd. DM in 1995.

Wird berücksichtigt, daß den westdeutschen Kommunen aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auch in 1995 zusätzliche Mittel in Höhe von rund 2,2 Mrd. DM zur Verfügung stehen, die nicht in den kommunalen Verwaltungs-

Hans-Gert Pöttering: Wahlsendungen zur Europawahl wichtig

Die in der Presse wiedergegebene Mitteilung des Intendanten der Deutschen Welle, Dieter Weirich, daß der Kölner Sender zur Wahl des Europäischen Parlaments keine Wahlsendungen ausstrahlen werde, wurde von dem Beauftragten für Öffentlichkeitsarbeit der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, aufs schärfste kritisiert.

Weirich habe die Entscheidung damit begründet, daß die Europawahl im Bundesrundfunkgesetz nicht ausdrücklich erwähnt sei. Dies sei eine rein formale und sachlich nicht haltbare Begründung, erklärte Pöttering, da die Nicht-Erwähnung im Bundesrundfunkgesetz ja kein Verbot für Europawahlsendungen bedeute, sondern diese mit dem Gesetz sehr wohl vereinbar seien.

Der Sender lege sich hier freiwillig eine Selbstbeschränkung auf, die die

in Deutschland bereits vorhandene Neigung zur Europamüdigkeit noch bestärke.

Pöttering wies darauf hin, daß den Medien gerade auch bei der Europawahl eine große Verantwortung zur Information der Bürger zukomme. Das Europäische Parlament habe mit dem Maastrichter Vertrag wichtige zusätzliche Kompetenzen erhalten (Mitentscheidung in der Gesetzgebung, Zustimmungsvotum bei Einsatz der neuen Kommission, Zustimmung nicht nur zu Beitritts-, sondern auch internationalen Verträgen).

Es sei wichtig, daß die Bürgerinnen und Bürger voll über die Europawahlen informiert werden, damit sie ihre politische Verantwortung bei diesen Wahlen wahrnehmen können.

Allerdings mahnte Pöttering auch den Gesetzgeber an, diese Lücke im Gesetz möglichst schnell zu schließen, um weitere Mißverständnisse dieser Art in Zukunft auszuschließen.

haushalten erwirtschaftet werden müssen, und daß nach dem derzeitigen Stand die Pflegeversicherung zu einer Entlastung der kommunalen Sozialhaushalte in Höhe von rund 0,5 Mrd. DM führen würde, wird deutlich:

Kommunale Finanzierungsdefizite können nicht dem Bund angelastet werden.

Im Gegenteil: Die Kommunen profitieren von weiteren Maßnahmen des Bundes, die bereits zu haushaltswirksamen Entlastungen führen, wie von

- der Neustrukturierung der Sozialhilfe für Asylbewerber (Entlastung für Län-

der und Kommunen in Höhe von 1 Mrd. DM),

- der Neuregelung des Asylrechts,
- der Neufassung des Konzessionsabgabenrechts (zusätzliches Einnahmepotential für die Kommunen in den alten Ländern in Höhe von 1,5 Mrd. DM).

Damit hat die Bundesregierung eine Grundlage für die erfreulicherweise in Gang gekommene Konsolidierungspolitik der Kommunen gelegt. Diese müssen nun in eigener Verantwortung die noch vorhandenen Konsolidierungspotentiale nutzen.

Wahlrecht für Unionsbürger

Bereits bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am 12. Juni 1994 werden die Staatsangehörigen aus den Staaten der Europäischen Union nach Art. 8 b des Maastrichter Vertrages die Möglichkeit erhalten, ihr Wahlrecht zum Europäischen Parlament entweder in ihrem Herkunftsland oder in ihrem Wohnsitzland auszuüben und sich als Kandidat aufstellen zu lassen.

Immerhin leben in Deutschland 1,5 Millionen Bürger aus den anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Wie viele dieser europäischen Unionsbürger wahlberechtigt sind und ihr Wahlrecht bei uns ausüben wollen, ist nicht bekannt.

Es kommt darauf an, aktiv um Unionsbürger als Wähler zu kämpfen. Deshalb sollten alle Gliederungen der CDU sich umgehend darum bemühen, Kontakte zu Unionsbürgern und — soweit vorhanden — zu den örtlichen Gruppierungen der mit der CDU und der CSU auf europäischer Ebene verbündeten Parteien zu knüpfen.

Gesetzestechisch ist zu bemerken, daß der Deutsche Bundestag am 4. Februar 1994 das dritte Gesetz zur Änderung des Europawahlgesetzes — zur Umsetzung der entsprechenden Ausführungsrichtlinie der Europäischen Union — verabschiedet hat. Hiermit wird das aktive und passive Wahlrecht für Unionsbürger in Deutschland eingeführt. Der Bundesrat wird dem Gesetz aller Voraussicht nach Ende Februar zustimmen. Im März wird dann die Bundesregierung mit einer Verordnung zur Änderung der Europawahlordnung die Einzelheiten regeln.

Die entscheidende Sonderregel für die Ausübung des Wahlrechts für Unionsbürger ist die, daß die Unionsbürger von sich

aus die Eintragung in das Wählerverzeichnis am Wohnort beantragen müssen. Dies wird voraussichtlich von Mitte März bis Anfang Mai möglich sein.

Unabhängig von Informationskampagnen der Bundesregierung und eventuell der Landesregierungen, mit denen im Frühjahr die Unionsbürger in Deutschland auf ihr Wahlrecht hinweisen werden, kommt es also entscheidend darauf an, daß die CDU aus eigenem Engagement und Interesse die Unionsbürger — noch vor den anderen Parteien — anspricht, sie für die Ausübung ihres Wahlrechts in Deutschland gewinnt und

Von Georg Jarzembowski MdEP, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU- Abgeordneten im Europäischen Parlament

sie überzeugt, die Kandidaten der Landeslisten der CDU zu wählen.

Diese Initiative kann uns nicht nur bei der Europa-Wahl 1994, bei der es für uns um jede Stimme gehen wird, von Vorteil sein. Vielmehr gilt es auch zu bedenken, die Unionsbürger grundsätzlich für Mitarbeit und Mitgliedschaft in der CDU zu gewinnen, denn spätestens ab Sommer 1995 werden Unionsbürger — ebenfalls gemäß Art. 8 b EGV — voraussichtlich auch an den Kommunalwahlen teilnehmen dürfen. Gerade für die großen Gemeinden und Städte mit einem hohen Anteil an Unionsbürgern wird es darauf ankommen, diese Mitbürger in die Partei zu integrieren, ihre Anliegen aufzunehmen und sie auch als Kandidaten für die örtlichen Wahlen zu gewinnen. ■

Wulff geht mit Kohl in die Offensive

Über 7.000 Menschen beim Aufgalopp mit der CDU zur Niedersachsenwahl

3.500 waren erwartet worden, über 7.000 waren es schließlich vor der Stadthalle von Osnabrück, die beim offiziellen Aufgalopp der Niedersachsen-CDU zur Landtagswahl dabei sein wollten. Während der dreistündigen Veranstaltung prägten Aufbruchstimmung und Siegeswillen das Geschehen.

Der begeisterte Saal erlebte einen kämpferischen Helmut Kohl und einen mehr als Zuversicht ausstrahlenden Christian Wulff. In Osnabrück präsentierte sich eine selbstsichere Niedersachsen-CDU, die es am Urnengang am 13. März 1994 wissen will.

„Überhaupt nichts ist gelaufen, sehen Sie sich in diesem Saal um“, sagte der Kanzler mit Hinweis auf Meinungsumfragen, die seiner Partei zur Zeit nicht gerade die größte Wählerzustimmung signalisieren. „Die Wahl ist entschieden am 13. März um 18.00 Uhr.“ Der Kanzler sparte nicht mit scharfen Angriffen auf SPD und Grüne. Rot-Grün, so der Kanzler, sei „zukunftsfeindlich in sich selbst“. Blicke den Niedersachsen diese Koalition erhalten, würden die südlichen Länder wirtschaftlich immer stärker.

Kohl warf den Sozialdemokraten vor, sie hätten die deutsche Einheit längst aufgegeben gehabt und sich DDR-Staatschef Erich Honecker gebeugt, indem sie mehrfach auf dessen Forderungen eingegangen seien. „Ich will hier nicht von alten Sachen reden. Aber die Wahrheit muß auf den Tisch“, sagte der Kanzler.

Spitzenkandidat Christian Wulff warf der Regierung vor allem vor, nirgendwo im

Bundesgebiet sei die Investitionsquote mit 10,8 Prozent so niedrig wie in Niedersachsen. Dafür gebe es aber 8.900 zusätzliche Stellen in der Ministerialbürokratie, meinte Wulff.

Rot-Grün hätte die Ängste geschürt, statt die Chancen moderner Technologie zu nutzen. So würden keine Müllverbrennungsanlagen in Niedersachsen errichtet. Dafür aber werde der Müll aus 36 Anlagen in den Niederlanden, in Bremerhaven und in Hamburg verbrannt. Strom werde zunehmend mehr in Skandinavien erzeugt. Ministerpräsident Schröder warf Wulff vor, den DASA-Standort in Lemwerder zu „instrumentalisieren“.

Er habe den Verdacht, Schröder bereite hier durch völlig unhaltbare Versprechungen einen Wahlbetrug vor. Einerseits wolle Rot-Grün einen Rüstungsbetrieb erhalten, andererseits plädiere man eindeutig gegen die Wehrtechnologie. Die Ems-Vertiefung sei zum Schaden der Meyer-Werft jahrelang verzögert worden.

Wulff wörtlich: „Wer so mit dem Schicksal von Arbeitnehmern umgeht, hat es nicht verdient, dieses Land weiter zu regieren.“ Wulff will nach einem Wahlsieg eine „Sicherheitsoffensive“ starten. Er versteht darunter mehr Polizisten auf der Straße, kürzere Strafprozesse, Nein zur Freigabe von Rauschgift, Ja zum Lauschangriff auf Privatwohnungen, in Städten und Landkreisen sollen Bürgerseinerheitsbeiräte eingesetzt werden.

Wulff und Kohl wollen insgesamt acht Mal zusammen im niedersächsischen Landtagswahlkampf auftreten.

Bundesgeschäftsführer Hans-Joachim Reck:

Erfolgreiche Testphase für das CDU-Angebot im DATEX-J

Die CDU ist seit 3. November 1993 mit einem Angebot von ca. 200 BTX-Seiten Anbieter im DATEX-J. DATEX-J, ein modernes Informations- und Kommunikationssystem für jedermann, wird von der CDU nun im Superwahljahr 1994 eingesetzt, um die direkte Kommunikation mit dem Wähler zu erleichtern.

Eingestellt wurden bisher in einer Testphase von 3 Monaten:

- Regierungserklärungen von Bundeskanzler Helmut Kohl
- Aktuelle Pressemitteilungen
- UiD-Artikel
- Pressedienst der JU Deutschlands
- Der Grundsatzprogrammentwurf
- Beschlüsse des CDU-Bundesvorstandes.

Umfangreiche Texte werden als sogenannte Telesoftware eingestellt und können deshalb insgesamt in die PC-Textverarbeitung übernommen, weiterverarbeitet und z. B. als selbstgestaltete Flugblätter ausgedruckt werden.

Weiterhin ist von der Übersichtsseite ein direkter Zugang zu anderen Angeboten möglich.

In der Testphase haben über 20.000 Nutzer das Angebot der CDU aufgerufen.

Dies ist ein gutes Beispiel dafür, wie der „Politikverdrossenheit“ entgegengewirkt werden kann. Über eine Antwortseite kann man der CDU einfach und kostenlos Nachrichten und Briefe schreiben. Bisher nutzten über 450 Anwender diese Kommunikationsmöglichkeit, 41 Nutzer wollten Mitglied der CDU werden. Auf das CDU-Angebot im Dategex-J wird mittlerweile auch von anderen Anbietern verwiesen.

Nach der erfolgreichen Testphase wird nun das DATEX-J-Angebot beibehalten und schrittweise erweitert. Der Bereich der Telesoftware wird stark vergrößert, da von den Nutzern dies vielfach gewünscht wird.

CDU-Parteitag mit DATEX-J

Erstmals wird von einem CDU-Bundesparteitag über Dategex-J direkt berichtet. Reden, Beschlüsse und das neue Grundsatzprogramm werden noch in Hamburg in das System eingegeben. Mit ★CDU # können die DATEX-J-Nutzer dann aktuell die Texte abrufen.

Auf einem Informationsstand der Firma 1&1 Telekommunikation und der Deutschen Telekom werden die Parteitagsteilnehmer über die Möglichkeiten von DATEX-J informiert. ■

Kohl beruft Boenisch zum Wahlkampfberater

Bundeskanzler Helmut Kohl hat für den Wahlkampf 1994 den Publizisten und Journalisten Peter Boenisch zu seinem persönlichen Wahlkampfberater im Medienbereich berufen. Peter Boenisch, der in der Zeit bis zur Bundestagswahl im Oktober eng mit dem Konrad-Adenauer-Haus zusammenarbeiten wird, hat die CDU bereits in früheren Wahlkämpfen beratend unterstützt.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Politik ohne Bart



● **Poster** (DIN A2 quer), Bestell-Nr. **7813**,
Verpackungseinheit: 50 Exemplare,
Preis je 50 Exemplare: 15,- DM

UiD

5/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:**
Tel. (02 28) 5 44-421. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183
(BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504
(BLZ 37010050). **Abonnementspreis** jährlich 52,- DM.
Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.